



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

04. März 2009

Presseinformation

Sprechzettel von Kai Gehring MdB, hochschulpolitischer Sprecher zum Pressegespräch am 15. September 2009 zum Thema:

Bologna-Reform droht zu scheitern – Grüne fordern Kurskorrekturen in der Hochschulpolitik

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum ist ein starkes und visionäres Ziel für die junge Generation, an dem wir festhalten. Die Bilanz der Bologna-Umsetzung hierzulande ist durchwachsen bis enttäuschend. Zwar sind bundesweit mittlerweile drei Viertel aller Studiengänge auf Bachelor und Master umgestellt. Wesentliche Reformziele wie mehr Mobilität der Studierenden, bessere Anerkennung von Studienleistungen, geringere Abbrecherquoten, höhere Studienqualität und eine bessere Betreuung der Studierenden wurden bislang verfehlt.

Schülerinnen und Schüler sowie Studierende haben ihren Unmut über die Bildungsmisere in unserem Land klar geäußert, den bundesweiten Bildungstreik haben wir begrüßt. Denn die junge Generation ist die Leidtragende schlechter und falsch gemachter Bildungsreformen.

Die Forderungen der Protestierenden sind nicht „gestrig“, wie Ministerin Schavan meinte. Die junge Generation ist nicht gegen die Vision eines europäischen Hochschulraums; sie lebt das längst. Keine Generation zuvor war so mobil, flexibel und offen fürs Ausland. Sie beklagt aber die schlechten Studienbedingungen und die vielerorts miserable Umsetzung der Bologna-Reform nach dem Motto „Verschulen, Verdichten, Umbenennen“. Darauf können Schavan und Pinkwart nicht einfach antworten: Weiter so, wir haben alles richtig gemacht.

Dass sich Frau Schavan zum Ende ihrer Amtszeit und auf öffentlichen Druck hin, erstmals mit Studierendengruppen getroffen hat, spricht für sich. Sie war und ist keine Anwältin für bessere Studienbedingungen. Schavan steht für abschreckende und unsoziale Studiengebühren, den unterfinanzierten Hochschulpakt und zwei bildungsfeindliche Föderalismusreformen, mit denen dem Bund die Mitwirkung in der Bildungspolitik untersagt wurde. Statt Kleinstaaterei brauchen wir einen gesamtstaatlichen Bildungsaufbruch – deshalb wollen wir das widersinnige Kooperationsverbot im Bildungsbereich wieder aufheben.

Wir brauchen von allen handelnden Akteuren – im Bund, in den Ländern, an den Hochschulen – gemeinsam getragene Strategien, wie wir für alle Studierenden tatsächlich ein besseres Studium und einen transparenten mobilitätsfreundlichen europäischen Hochschulraum verwirklichen.

- Wir wollen eine bessere Betreuung für die Studierenden statt Vorlesungen und Prüfungen im Akkord.
- Wir wollen innovative Lehrkonzepte fördern statt Steinzeitdidaktik.
- Abbruchquoten müssen in allen Studiengängen sinken, nicht steigen.
- Auslandsaufenthalte müssen im BA-Studium zeitlich besser möglich sein als bisher.
- Bachelorabsolventen brauchen anstelle neuer Übergangshürden reale Möglichkeiten, ein Masterstudium aufnehmen zu können.

Bundesregierung, Länder und Hochschulen müssen in diesem Sinne zusammenwirken, damit die „Kinderkrankheiten“ im zehnten Jahr der Bologna-Reform endlich geheilt werden. Dieser Wille ist bei der amtierenden Bundesregierung und der Bundesbildungsministerin Schavan jedoch an keiner Stelle auszumachen.

- **Stichwort „Soziale Öffnung der Hochschulen“:** Im Studienanfängerjahrgang 2005 ist der Anteil der Arbeiterkinder nur halb so groß wie ihr Anteil an der altersgleichen Bevölkerung (20 zu 40 Prozent). Zugangshürden zum Hörsaal gehören abgeräumt und nicht verteidigt, so wie es Studiengebührenbefürworterin Schavan tut.

Wir wollen einen „**grünen Pakt für Studierende**“, der bundesweit 500.000 zusätzliche Studienplätze in den nächsten fünf Jahren schafft. Da vor allem Kinder aus einkommensschwachen Familien auf ein Studium oder auf Auslandsaufenthalte verzichten, brauchen wir eine stärkere staatliche Studienfinanzierung als heute. Mit dem grünen **Zwei-Säulen-Modell** haben wir das passende Modell entwickelt. Davon profitieren alle Studierenden, die heute Probleme bei ihrer Studienfinanzierung haben.

- **Stichwort „Studierbarkeit“:** Die Studienstrukturreform muss in eine umfassende Lehr- und Qualitätsreform einmünden: Die Hochschulen müssen den Spielraum erhalten und nutzen, sieben- und achtsemestrige Bachelorstudiengänge anzubieten. Auslandssemester, Praktika oder studentisches, soziales oder politisches Engagement müssen ohne Studienverzögerung oder Dauerstress einzutakten sein – dazu braucht es mehr Flexibilität, Zeit- und Mobilitätsfenster im Studienangebot. Studierende müssen zudem die Sicherheit erhalten, dass andernorts erbrachte Studienleistungen einheitlich, vorhersehbar und großzügig anerkannt anstatt überpenibel gehandhabt werden.
 - **Stichwort „gute Lehre für alle“:** Das Erfolgsrezept der deutschen Hochschulen besteht in der Einheit von Forschung und Lehre. Milliarden geben Bund und Länder für forschungszentrierte Programme aus. Mit diesem Rezept "viel Forschung, wenig Lehre" lässt sich keine ausgewogene Kost für die Hochschulen zubereiten. Wir brauchen daher eine "**Bund-Länder-Qualitätsoffensive für bessere Lehre**", mit der die Reputation universitärer Lehre deutlich gestärkt wird. Dazu gehört, dass die Exzellenz-Initiative um einen **Wettbewerb für herausragende Lehre** ergänzt wird. Nur wer exzellente Leistungen in Forschung und Lehre erbringt, kann das Prädikat "Spitzen-Uni" erhalten.
-

- **Stichwort „Finanzierung der Bologna-Reform“:** Bachelor-Abschlüsse kosten in der Regel mehr als die bisherigen Studiengänge. Die notwendigen zusätzlichen Mittel wurden aber nicht bereitgestellt. Es ist Aufgabe des Bundes und vor allem der Länder, im Rahmen einer zweiten Reformstufe endlich für eine angemessene Gegenfinanzierung der Bologna-Reform zu sorgen, damit die Betreuung und soziale Flankierung gestärkt werden. Sonst käme Bologna als Sparprogramm daher.

„Wäre die Bildung eine Bank, hättet ihr sie längst gerettet“, wurde auf den Demonstrationen skandiert. Das zeigt das Problembewusstsein der Schüler und Studierenden. Einerseits wird gesagt, dass Geld für dringende Bildungsreformen fehle. Andererseits bewirkt die Große Koalition für Banken- und Unternehmensrettungsschirme sowie für unausgelegene Konjunkturpakete – z.B. 5 Milliarden Euro für eine unsinnige Abwrackprämie – eine beispiellose Rekordneuerschuldung. Die junge Generation merkt, dass die Prioritäten falsch gesetzt und Generationengerechtigkeit massiv verletzt werden. Steuersenkungsversprechen à la FDP und CDU/CSU würden höhere Zukunftsinvestitionen in Bildung völlig verbauen.

Wir Grüne wollen eine gute öffentliche Finanzierung unseres Bildungs- und Hochschulsystems sicherstellen. **Für ein gerechtes Bildungssystem brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung.**

- Wir schlagen vor, den "Soli" zum Teil in einen Bildungssoli umzuwandeln.
 - Die Erbschaftssteuer muss so reformiert werden, dass dadurch ein zusätzlicher finanzieller Spielraum entsteht, den wir für höhere Bildungsausgaben nutzen können.
 - In den nächsten Jahren geht die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurück. Dadurch freiwerdende Mittel sollen im Bildungssystem bleiben.
-